

# Pfarrerwahlgesetz, Abberufung und Disziplinarverfahren

Quelle: PStG, PfdG §§84ff, DG.EKD §§2-3.25-32.

## 1. Die Pfarrwahl

Das **Pfarrstellengesetz** (PStG) definiert die **Wahlfähigkeit** eines Pfarrers: Wahlfähig sind alle Pfarrer, denen die Wahlfähigkeit von der EKIR zuerkannt wurde.

Geregelt wird die **Besetzung einer freien Pfarrstelle** durch Wahl der Gemeinde oder Besetzung durch die KL: Über die Errichtung und Neubesetzungen von Pfarrstellen entscheidet die KL im Einvernehmen mit dem KSV. Die Kirchengemeinde hat das Recht ihren Pfarrer selbst zu wählen. Die KL hat derzeit in jedem zweiten Fall und bei Neubesetzungen ein Vorschlagsrecht.

Das Presbyterium lädt im Rahmen des **Bewerbungsverfahrens** nach Durchsicht der Bewerbungsunterlagen drei Bewerber zu Probepredigten und Katechesen ein. Die Termine dafür werden zwei Wochen vorher abgekündigt. Die Bewerber verpflichten sich schriftlich, den Bekenntnisstand der Gemeinde zu wahren. Bei der Pfarrwahl sind mind. 2/3 der ordentlichen Mitglieder des Presbyteriums anwesend. Sie müssen einzeln ihre Stimme abgeben. Die Wahl ist erfolgreich, wenn mehr als die Hälfte des Presbyteriums für einen Kandidaten votiert.

Der Superintendent verkündet das Ergebnis der Wahl. Innerhalb von zwei Wochen kann ein Gemeindeglied **Einspruch** beim Superintendenten erheben. Der Superintendent leitet das Ergebnis an die KL weiter, die eine endgültige Entscheidung trifft. Der Superintendent führt den neuen Pfarrer im Gottesdienst unter Mitwirkung des Presbyteriums und des KSV ein.

## 2. Die Abberufung eines Pfarrstelleninhabers

Die Abberufung geschieht **im Interesse des Dienstes**,

- 1) wenn die Pfarrstelle aufgehoben wird,
- 2) wenn kein gedeihliches Wirken mehr möglich ist,
- 3) wenn aus gesundheitlichen Gründen der Dienst nicht mehr ausgeübt werden kann oder
- 4) wenn Presbyterium und KSV mit 2/3 Mehrheit für eine Aufhebung stimmen.

Verfahren: Das Presbyterium stellt einen **Antrag auf Abberufung**, den der KSV nach Anhörung aller Beteiligten und seiner Zustimmung an das LKA weiterleitet. Nach einer weiteren Anhörung fällt das Kollegium eine Entscheidung gegen die binnen eines Monats Einspruch beim LKA eingelegt werden kann. Das Weitere regeln juristische Prozesse.

Der Abberufene wird am Ende des Monats – in dem die Entscheidung getroffen wurde – **beurlaubt**. Wenn er binnen eines Jahres keine neue Stelle hat tritt er in den **Wartestand**.

Pfarrer i. W. können vom LKA verpflichtet werden, anderweitige kirchliche Tätigkeiten zu übernehmen. Pfarrer i. W. können nach drei Jahren ohne Stelle in den Ruhestand versetzt werden.

## 3. Das Disziplinarverfahren

Bei vorsätzlicher oder fahrlässiger **Amtspflichtverletzung** kann die Disziplinarkammer der EKIR ein Disziplinarverfahren einleiten. Ziel des Verfahrens ist:

- 1) Gemeinden vor Ärgernis und Unfrieden und den Auftrag der Kirche in der Welt vor Anstoß und Missverständnissen zu bewahren,
- 2) die rechte Amtsführung zu fördern sowie
- 3) das Amt vor Missbrauch und Entwürdigung zu schützen.

**Maßnahmen** können sein:

- 1) Verweis bzw. Tadel eines bestimmten Verhaltens
- 2) Geldbuße (max. 1 Monatsbezug)
- 3) Kürzung der Bezüge (max 20% für max. 5 Jahre)
- 4) Amtsenthebung unter Versetzung in den Wartestand
- 5) Entfernung aus dem Dienst.

Verweis und Geldbuße können vom LKA verhängt werden, alle anderen Maßnahmen nur von der Disziplinarkammer. Berufung ist bei dem Disziplinarhof der UEK einzulegen, der die endgültige Entscheidung trifft.